

justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der EU (EU-JZG), BGBl. I Nr. 36/2004, erfolgt. Bislang haben österreichische Staatsanwaltschaften an **zwölf** derartigen **Gemeinsamen Ermittlungsgruppen** teilgenommen, die zum Teil über Initiative der österreichischen Seite in komplexen grenzüberschreitenden Fällen von **Korruption, Geldwäscherei, Drogenhandel, Betrug und Veruntreuung** eingerichtet wurden. Diese unter Beteiligung verschiedener **Mitgliedstaaten der Europäischen Union**, darunter Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Kroatien, Niederlande, Slowenien, Spanien und Tschechien, aber auch **Drittstaaten** wie der Früheren Jugoslawischen Republik Mazedonien, der Ukraine und Norwegen eingerichteten Gemeinsamen Ermittlungsgruppen haben sich sehr bewährt. Durch die Einrichtung von Gemeinsamen Ermittlungsgruppen, in denen Justiz- und Polizeibehörden regelmäßig eng zusammenarbeiten, konnten insbesondere der **Informationsaustausch deutlich vereinfacht** und ein **rascher Abgleich von Ermittlungsergebnissen** ermöglicht werden. Durch die regelmäßige und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen den für die Strafverfolgung zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten bei schwierigen grenzüberschreitenden Ermittlungen wird zudem das gegenseitige Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten, welches eine wesentliche Basis für die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf EU-Ebene bildet, maßgeblich gefördert und trägt so zur Schaffung des Gemeinsamen Raums der Freiheit, des Sicherheit und des Rechts entscheidend bei.

13 PERSONELLE UND ORGANISATORISCHE MAßNAHMEN BEI DEN JUSTIZBEHÖRDEN

13.1 PERSONELLE MAßNAHMEN

Der Personalplan für das Jahr 2013 sieht für den Bereich Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur 59 Planstellen für RichterInnen, 16 Planstellen für StaatsanwältInnen sowie 36 Planstellen für Beamte/Beamtinnen und Vertragsbedienstete (BVB) vor.

Bei den Justizbehörden in den Ländern sind im Personalplan für das Jahr 2013 1.668 Planstellen für RichterInnen (einschließlich der für andere Planstellenbereiche des Justizressorts gebundenen Planstellen), 232 Planstellen für RichteramtsanwärterInnen, 396 Planstellen für StaatsanwältInnen (einschließlich gebundener Planstellen) und 4.890 Planstellen für BVB systemisiert.

Für die Planstellenbereiche Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur sowie Justizbehörden in den Ländern sind sohin insgesamt 7.297 Planstellen vorgesehen.

Zuletzt waren in Strafsachen (nach Arbeitskapazitäten und nicht nach Köpfen gerechnet) im erstinstanzlichen Bereich etwa 289 RichterInnen und im Rechtsmittelbereich rund 87 RichterInnen eingesetzt.

Von den insgesamt mehr als 2,91 Mio. Geschäftsfällen (mit Ausnahme der Grundbuchauszüge und der Justizverwaltungssachen) betreffen ca. 98.000 den Strafbereich. Der Anteil der Strafsachen am Gesamtgeschäftsanfall beträgt somit rund 3,4%. Die Tabelle "Personaleinsatz", in der nach Arbeitskapazitäten und nicht nach Köpfen gerechnet wird, zeigt, dass in Strafsachen etwas mehr als 22% aller RichterInnen sowie rund 7% aller BVB tätig sind.

Personaleinsatz im Berichtsjahr (ausgedrückt in Vollzeitkräften)

	Bezirksgerichte		Landesgerichte		Oberlandesgerichte		Oberster Gerichtshof	
	RichterInnen	BVB	RichterInnen	BVB	RichterInnen	BVB	RichterInnen	BVB
Strafsachen	80,5	112,42	228,01	220,09	51,31	7,03	17,05	1,4
Gerichte gesamt	692,14	3.137,75	722,26	985,71	185,73	485,79	66,54	31,5

13.2 GERICHTSORGANISATION

Gerichte müssen, wie andere Betriebe auch, zur Sicherung ihrer Qualität und Wirtschaftlichkeit eine Mindestgröße aufweisen. Um die Struktur der Bezirksgerichte an die heutigen Anforderungen anzupassen, wurden mit 1. Juli 2002 **Bezirksgerichte** in den Bundesländern Niederösterreich, Steiermark und Tirol

zusammengelegt. Weitere Zusammenlegungen wurden mit 1. Jänner 2003 in Oberösterreich und Salzburg begonnen und bis 1. Jänner 2005 durchgeführt. Insgesamt erfolgten während dieser Zeit 50 BG-Zusammenlegungen.

Eine Neuorganisation der Bezirksgerichte in Graz erfolgte in zwei Stufen: Mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2005 wurden das BG für Strafsachen Graz und das Jugendgericht Graz mit dem BG für Zivilrechtssachen Graz **zusammengelegt**, welches die Bezeichnung BG Graz erhielt. Mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2007 wurde – nach Abschluss der erforderlichen Bauarbeiten – das BG Graz in ein BG Graz-Ost und ein BG Graz-West geteilt (BGBl. I Nr. 60/2004 und BGBl. I Nr. 66/2005).

In intensiven Verhandlungen im 1. Halbjahr 2012 konnte die Bundesministerin für Justiz weiters erreichen, dass in den Jahren 2013 und 2014 gestaffelt **weitere 26 Bezirksgerichte** **zusammengelegt** werden (davon 9 in Niederösterreich, 10 in Oberösterreich und 7 in der Steiermark). Durch insgesamt 75 (50 + 26 abzüglich 1 Teilung in Graz) Zusammenlegungen entstehen leistungsfähigere und damit bürgerfreundlichere und sichere Bezirksgerichte.

13.3 BAULICHE MAßNAHMEN AN RICHTSGEBÄUDEN

Im Jahr 2013 konnten folgende Bauvorhaben in Gerichtsgebäuden fertiggestellt werden:

- Bauliche Erweiterung des Gerichtsgebäudes in Eisenstadt; der Neubauteil beherbergt das Bezirksgericht, die Staatsanwaltschaft sowie ein Servicecenter

13.4 SICHERHEITSMABNAHMEN

Entsprechend den Bestimmungen des Ersten Abschnitts des Gerichtsorganisationsgesetzes „Sicherheit in Gerichtsgebäuden und bei auswärtigen Gerichtshandlungen“ hat das Bundesministerium für Justiz eine „Allgemeine Richtlinie für Sicherheitsstandards in Gerichtsgebäuden“ („**Sicherheitsrichtlinie**“) erlassen. Darin sind **organisatorische Sicherheitsvorkehrungen** (*Gerichtsordnung, Sicherheitsbeauftragte, Krisenstäbe bei den Oberlandesgerichten, Alarmierungs-, Räumungs- und Einsatzpläne, Schulungen*) und **technische Sicherheitsvorkehrungen** (*Sicherung von Eingängen und Einfahrten, Einbruchssicherheit, Notruf- und Alarmierungseinrichtungen*) geregelt. Außerdem ist ein **Sicherheitsbeirat** zur Beratung und Unterstützung des Bundesministers/der Bundesministerin für Justiz eingerichtet, der die Aufgabe hat, unter Berücksichtigung von Wahrnehmungen und allenfalls geänderter Verhältnisse Vorschläge für die Verbesserung der Sicherheit in Gerichtsgebäuden und für Änderungen der Sicherheitsrichtlinie zu erstatten.

13.5 DOLMETSCHKOSTEN

Die Ausgaben der Gerichte für Dolmetscher in Strafsachen sind im Berichtsjahr im Vorjahresvergleich um 17,15% auf EUR 6.885.336,52 gestiegen.

Dolmetschkosten in Strafsachen

Aufwendungen (Mio. €)	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Mündliche Übersetzungen 1/6410.902	4,70	5,10	4,52	5,07	5,41	5,53	5,88	6,89

13.6 BAUTÄTIGKEIT IM STRAFVOLLZUG

Im Berichtsjahr wurden folgende größere Baumaßnahmen an Strafvollzugsanstalten durchgeführt bzw. geplant:

In der **Justizanstalt Suben** wurden im Jahr 2011 die Planungsarbeiten für den dort nötigen Zu- und Umbau der Besucherzone und des Verwaltungsbereiches eingeleitet. Nach baubehördlicher Genehmigung und erfolgten Ausschreibungen konnte im Mai 2012 mit der ersten Bauphase (Verwaltungsbereich Süd – 1. Obergeschoß und Dachgeschoß) begonnen und mit 21. Dezember 2012 fertig gestellt werden, die zweite Bauphase (Verwaltungsbereich Nord – Kellergeschoß, Erdgeschoß, 1. Obergeschoß, Liftzubau + Zubau Küchenbereich) erfolgte zwischen August 2012 und Juni 2013. Danach wurde die dritte und letzte Bauphase (Verwaltungsbereich Nord – Dachgeschoss + Erweiterung der Freigängerabteilung im Dachgeschoß des bestehenden Freigängerhauses) begonnen, die zum größten Teil mit Ende des Jahres 2013 abgeschlossen werden konnte. Lediglich die erweiterte Freigängerabteilung wird erst mit Ende April 2014 in Betrieb genommen.

In der **Justizanstalt Garsten** konnte die Sanierung des Daches und der Fassade im Bereich des Verwaltungstraktes abgeschlossen werden. Weitergeführt werden konnte – neben der Erneuerung der Haftraumsprechanlage – die Sanierung der Gemeinschaftshaftträume im Konventtrakt (Abtrennung der Toiletten gemäß § 42 Abs. 4 StVG) sowie die Funktionsadaptierung im sogenannten Beamtenstöckel. Für die Schließung einer bestehenden Sicherheitslücke im Bereich des Konventtraktes wurden Planungen und Vorbereitungen für die Errichtung einer entsprechenden Außensicherung (inkl. Verlegung des Garstnerbaches) weitergeführt.

Für das Forensische Zentrum in der **Außenstelle Asten** der **Justizanstalt Linz** wurden die Planungen für eine Erweiterung um 48 Unterbringungsplätze abgeschlossen und bei der Baubehörde eingereicht. Baubeginn ist für das Frühjahr 2014, die Fertigstellung für Mitte des Jahres 2015 vorgesehen.

Für die **Justizanstalt Leoben** wurden die Planungen für die notwendigen Erweiterungen im Bereich der Torwache (nach Geschlechtern getrennte Umkleiden) und der Arbeitsbetriebe eingeleitet.

In der **Justizanstalt Klagenfurt** wurden im Jahr 2013 die Planungen für die Sanierung der Haftabteilungen, eine Erweiterung um eine zeitgemäße Besucher- und Vernehmungszone und die Einrichtung einer Aufnahmezone weiterentwickelt.

Betreffend die Erweiterung und Bestandssanierung in der **Justizanstalt Eisenstadt** konnte im Dezember 2010 mit der Baumaßnahme begonnen werden. Im Juni 2013 wurde der Neubau für die Justizanstalt fertig gestellt und im Juli 2013 in Betrieb genommen. Die Umbauarbeiten im Bestand der Justizanstalt werden in zwei Bauphasen zur Umsetzung gebracht, wobei der erste Bauabschnitt (Sanierung Justizanstalt West) im April 2013 begonnen und bis September 2014 andauern wird. Der zweite Bauabschnitt (Sanierung Justizanstalt Ost und Erweiterung um eine Frauenabteilung) ist für den Zeitraum September 2014 bis Ende März 2016 geplant.

In der **Justizanstalt Stein** wurde nach baubehördlicher Bewilligung beginnend mit dem 2. Quartal 2013 mit dem Neubau der Anstaltsküche begonnen, eine Fertigstellung und Inbetriebnahme ist für Spätsommer 2014 geplant. Mit den Planungen für die Sanierung des Zellentraktes (Abtrennung der Toiletten gemäß § 42 Abs. 4 StVG), die Erweiterung und Adaptierungen für die Sonderkrankenanstalt (nach Verlegung des Bereiches für den Bezug von Bedarfsgegenständen gemäß § 34 StVG) sowie die Zweckadaptierungen im Bereich des Wirtschaftstraktes (nach Verlegung der dort noch situierten Anstaltsküche/Bäckerei/ Fleischerei) wurden begonnen. In der **Außenstelle Mautern** erfolgte die Planung für eine Arbeitshalle (zur Beschäftigung von Insassen), welche im Jahr 2014 errichtet werden soll.

In der **Justizanstalt Sonnberg** konnte die Sanierung der Flachdächer sowie die Adaptierung und Erneuerung des Gärtnereibetriebes abgeschlossen werden.

Für die **Justizanstalt St. Pölten** konnten die Planungen für die Erweiterungen im Bereich Wachzimmer und Anstaltsküche abgeschlossen werden.

In der **Justizanstalt Wien-Josefstadt** wurden die Vorbereitungen (Masterplanung) für eine Funktions- und Bestandsanierung getroffen. In der **Außenstellen Wilhelmshöhe** wurden die Erneuerungen und Erweiterungen sicherheitstechnischer Anlagen (Hafttraumsprechanlage und Videoüberwachungsanlage) sowie der Anbau einer Aufzugsanlage an das Hauptgebäude fertiggestellt und in Betrieb genommen.

Für die **Justizanstalt Wien-Simmering** werden die Vorbereitungen für eine Generalsanierung des sogenannten „Zöglingstraktes“ mit dem Ziel der Wiedererlangung der kompletten Belagsfähigkeit getroffen.

In der **Außenstelle Paulustorgasse** der **Justizanstalt Graz-Jakomini** wurde die Erneuerung bzw. Erweiterung der sicherheitstechnischen Anlagen (Hafttraumsprechanlage und Videoüberwachungsanlage) fertiggestellt.

Für die **Justizanstalt Graz-Karlau** konnte im Jahr 2010 nach Planungen für eine Erneuerung von sicherheitstechnischen Anlagen (Hafttraumruffanlage, Videoüberwachung, Perimeterschutz) mit deren Umsetzung begonnen werden. Im Jahr 2012 erfolgte die Sanierung der Umfassungsmauer. Im Jahr 2013 wurden die Maßnahmen fertiggestellt. Nach Vorliegen der baubehördlichen Genehmigung konnte Mitte des Jahres 2013 mit dem Neubau eines Besucherzentrums, einer Schießanlage und eines Trainingsraumes für die Justizwachebediensteten begonnen werden. Eine Fertigstellung ist für Herbst 2014 in Aussicht genommen. In der **Außenstelle Maria Lankowitz** wurden die Sanierung der Biogasanlage fertig und die Heizungsanlage von Öl auf Hackgut umgestellt.

Nach Vorliegen der baubehördlichen Genehmigung wurde Mitte des Jahres 2013 mit dem Neubau der **Justizanstalt Salzburg** in Puch/Urstein begonnen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme ist für das 2. Quartal 2015 vorgesehen.

Neben diesen größeren Bauvorhaben gab es wieder eine Menge an kleineren bis mittleren Vorhaben, welche hauptsächlich die Instandsetzung und Instandhaltung von Justizanstalten betrafen.

Ausgaben von rund EUR 14,044 Mio. können im Jahr 2013 Bauzwecken (Sicherheitstechnik, Neu-/Zubauten, Instandhaltung und Instandsetzung) zugeordnet werden, wobei hier die Maßnahmen im Wege der Bundesimmobilien GmbH (Refinanzierung infolge von Mietvertragsenerweiterungen) kostenmäßig nicht inkludiert sind.

13.7 KOSTEN DES STRAFVOLLZUGES

Um die Kosten des Strafvollzuges anschaulich darzustellen, wird der Nettoaufwand eines Insassen pro Tag berechnet, dies auf Basis des Bundesrechnungsabschlusses. Dabei handelt es sich um eine Vollkostenrechnung (Personal-, Gebäude- und Sachaufwand gegenüber Einnahmen). Konkret wird der Saldo aus Ausgaben und Einnahmen im Strafvollzug durch die Anzahl sämtlicher Hafttage dividiert. Damit errechnet sich für das Berichtsjahr ein durchschnittlicher Nettoaufwand pro Tag und Insasse der Justizanstalten von circa EUR 106,5,-.

Gegenüber dem Vorjahr stieg der Saldo (Ausgaben abzüglich Einnahmen) lediglich um 0,06 %, da die Mehreinnahmen in der Höhe von EUR 5,2 Millionen (Nachzahlungen der Länder aufgrund Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG für das Jahr 2012 und Mehreinnahmen aus Leistungen der Arbeitsbetriebe) die Mehrausgaben nahezu kompensierten. Die Nettoausgaben des Strafvollzuges pro Tag und Insasse (in EUR) verringerten sich aufgrund gestiegener Hafttage um 0,63%.

Durchschnittskosten des Strafvollzuges, pro Tag und Insassen (in EUR)

	2011	2012	2013
Gesamtausgaben Strafvollzug (inkl. BIG-Mieten und Betriebskosten für Justizanstalten)	373.273.368,7	399.737.440,49	405.151.246,61
abzüglich Gesamteinnahmen Strafvollzug (inkl. BIG-Einnahmen)	55.611.872,4	52.226.104,35	57.422.769,64
Saldo	317.661.496,3	347.511.336,14	347.728.476,97
geteilt durch Hafttage	3.215,63	3.242,134	3.264,381
Ø Nettoaufwand pro Hafttag	98,8	107,19	106,52

Entwicklung der Durchschnittskosten im Strafvollzug

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Ø Nettoaufwand pro Hafttag	80,8	79,4	82,9	87,4	89,2	100,6	101,1	101,9	98,8	107,19	106,52